

**Satzung über die Erhebung von Gebühren für die leitungsgebundene
Abwasserbeseitigung des Zweckverbandes Wasserversorgung und
Abwasserbeseitigung
- Insel Usedom -**

Auf der Grundlage der §§ 5, 15, 151 II und 154 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern, der §§ 40, 43 des Landeswassergesetzes Mecklenburg-Vorpommerns sowie der §§ 1, 2, 6, 12 und 17 des Kommunalabgabengesetzes von Mecklenburg-Vorpommern in den jeweils aktuellen Fassungen wird nach Beschlussfassung der Verbandsversammlung vom 10. Okt. 2016 folgende Satzung erlassen:

**§ 1
Allgemeines**

- (1) Der Zweckverband betreibt nach Maßgabe seiner Abwasseranschluss- und -beseitigungssatzung zwei rechtlich selbständige öffentliche Einrichtungen I und II zur zentralen Abwasserbeseitigung.
- (2) Der Zweckverband erhebt auf der Grundlage des § 6 des Kommunalabgabengesetzes (KAG M-V) und nach Maßgabe dieser Satzung Benutzungsgebühren.
- (3) Die Benutzungsgebühren werden für die Inanspruchnahme der jeweiligen zentralen öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlage für Grundstücke erhoben, die an die jeweilige öffentliche Anlage angeschlossen sind. Die Benutzungsgebühr gliedert sich in Grundgebühr und Verbrauchsgebühr.

**§ 2
Gebührenschildner**

- (1) Gebührenschildner ist, wer nach den grundsteuerrechtlichen Vorschriften Schuldner der Grundsteuer ist oder sein würde, wenn das Grundstück nicht von der Grundsteuer befreit wäre. Mehrere Gebührenschildner sind Gesamtschildner.
- (2) Für die Gebührenschild haftet das Grundstück des Gebührenschildners.
- (3) Im Falle des Absatzes (2) haftet das Grundstück ohne Rücksicht auf den tatsächlichen Gebührenschildner.
- (4) Bei einem Wechsel des Gebührenpflichtigen geht die Gebührenpflicht mit Beginn des auf die Übergabe folgenden Tages auf den neuen Pflichtigen über. Wenn der bisherige Pflichtige die Mitteilung über den Wechsel versäumt, so haftet er für die Gebühren die auf den Zeitraum bis zum Eingang der Mitteilung beim Zweckverband entfallen neben dem neuen Pflichtigen als Gesamtschildner.

§ 3

Entstehung und Beendigung der Gebührenpflicht

- (1) Die Gebührenpflicht für die Grundgebühr entsteht mit der betriebsfertigen Herstellung des Anschlusses des Grundstückes an die öffentliche Abwasseranlage.
- (2) Die Gebührenpflicht für das Einleiten von Schmutzwasser (Verbrauchsgebühr) entsteht mit dem Tag, an dem Abwasser auf dem Grundstück anfällt und in die öffentliche Abwasseranlage erstmals eingeleitet wird.
- (3) Die Gebührenpflicht endet, sobald der Anschluss des Grundstücks beseitigt wird oder die Zuführung von Abwasser von dem Grundstück in die öffentliche Abwasseranlage auf Dauer endet.

§ 4

Gebührenmaßstab und Gebührensatz

- (1) Die Grundgebühr wird nach dem Dauerdurchfluss (Q3) der verwendeten Messeinrichtung berechnet. Ist eine Messeinrichtung für den Anschluss an die öffentliche Trinkwasserversorgungsanlage nicht vorhanden, so wird der Dauerdurchfluss (Q3) der Messeinrichtung festgesetzt, die nach den anerkannten Regeln der Technik erforderlich sein würde, um die dem Grundstück zuzuführenden Trinkwassermengen zu messen.

Die Grundgebühr beträgt bei Verwendung von Messeinrichtungen mit einem Dauerdurchfluss von

Max Q 3	2,5 (=Nenndurchfluss QN 1,5)	3,00 EURO (netto)
Max Q 3	4 (=Nenndurchfluss QN 2,5)	15,00 EURO (netto)
Max Q 3	10 (=Nenndurchfluss QN 6)	54,00 EURO (netto)
Max Q 3	16 (=Nenndurchfluss QN 10)	100,00 EURO (netto)
Max Q 3	25 (=Nenndurchfluss QN 15)	200,00 EURO (netto)
Max Q 3	40 (=Nenndurchfluss QN 20)	300,00 EURO (netto)
Max Q 3	63 (=Nenndurchfluss QN 40)	600,00 EURO (netto)
Max Q 3	100 (=Nenndurchfluss QN 60)	900,00 EURO (netto)

- (2) Die Verbrauchsgebühr (verbrauchsabhängige Gebühr) wird nach der Menge des Abwassers berechnet, die der öffentlichen Anlage zugeführt wird. Eine Berechnung erfolgt auch, wenn die in der Anlage 4 der Abwasseranschluss- und -beseitigungssatzung aufgeführten Stoffe widerrechtlich eingeleitet werden. Berechnungseinheit ist der cbm Abwasser.

Als Abwassermenge gilt die dem Grundstück aus öffentlichen oder/und privaten Versorgungsanlagen zugeführte Wassermenge, abzüglich der nachgewiesenen, auf dem Grundstück verbrauchten oder zurückbehaltenen Wassermenge.

Der Nachweis der verbrauchten und der zurückgehaltenen Wassermenge obliegt dem Gebührenpflichtigen.

Die dem Grundstück zugeführte Wassermenge wird durch Wasserzähler ermittelt.

Bei der Wassermenge aus der öffentlichen Versorgungsanlage gilt die für die Erhebung der Trinkwasserbenutzungsgebühr zu Grunde gelegte Verbrauchsmenge.

Ist die Menge der Einleitung nicht durch eine Messeinrichtung zu ermitteln, ist der Zweckverband berechtigt, die der öffentlichen Anlage zugeführte Menge entsprechend §§ 12 KAG MV und 162 AO zu schätzen.

(3) Die Verbrauchsgebühr beträgt für

Einrichtung I:	3,36 EUR je cbm
Einrichtung II:	3,10 EUR je cbm.

§ 5

Erhebungszeitraum

- (1) Erhebungszeitraum ist das Kalenderjahr.
- (2) Die Gebührenschuld entsteht mit Ablauf des Erhebungszeitraums. Endet ein Benutzungsverhältnis vor Ablauf des Erhebungszeitraums, entsteht die Gebührenschuld mit Ablauf des Tages, an dem das Nutzungsverhältnis endet. Bei einem Wechsel des Pflichtigen vor Ablauf des Erhebungszeitraumes entsteht die Gebührenschuld für den bisherigen Pflichtigen mit Ablauf des Tages, an dem der Gebührenpflichtige wechselt.

§ 6

Heranziehung und Fälligkeit

- (1) Die Heranziehung zur Gebühr und Vorauszahlungen erfolgt durch schriftlichen Bescheid, der mit einem Bescheid über andere Angaben verbunden werden kann. Die Gebühr ist einen Monat nach Bekanntgabe des Bescheides fällig.
- (2) Auf die nach Ablauf des Erhebungszeitraumes endgültig abzurechnende Benutzungsgebühr wird eine Vorauszahlung erhoben, die nach der Menge des entsorgten Abwassers im vorangegangenen Erhebungszeitraum festgesetzt wird. Die Vorauszahlung wird in zwölf gleichen Teilbeträgen (sogenannte Abschläge) jeweils am 01. eines Monats des jeweiligen Jahres fällig. Der neue Abschlagsbetrag wird mit dem Gebührenbescheid mitgeteilt.
- (3) Bestand im Vorjahr noch keine Gebührenpflicht oder hat sich der Benutzungsumfang seitdem wesentlich geändert, wird die nach Absatz 2 zugrunde gelegte Abwassermenge geschätzt.
- (4) Der Pflichtige hat das Recht auch nach Ablauf des Erhebungszeitraumes weitere Vorauszahlungen in der bisherigen Höhe zu leisten, bis durch die Bekanntgabe des Gebührenbescheides die Festsetzung der zukünftigen Vorauszahlungen erfolgt.

§ 7 Betriebsstörungen

Bei Betriebsstörungen oder Außerbetriebsetzung der öffentlichen Abwasseranlagen durch betriebsnotwendige Arbeiten sowie bei Auftreten von Mängeln und Schäden, die durch höhere Gewalt hervorgerufen werden, hat der Pflichtige keinen Anspruch auf Schadenersatz, Erlaß oder Ermäßigung der Gebühren, mit Ausnahme vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführter Schäden. Die Vorschrift des § 9 bleibt unberührt.

Bei Außerbetriebsetzung der öffentlichen Abwasseranlagen über den Zeitraum von einem Monat hinaus werden keine Gebühren für die Monate der Außerbetriebsetzung erhoben.

§ 8 Auskunfts-, Anzeige und Duldungspflicht

- (1) Die Pflichtigen haben dem Zweckverband jede Auskunft zu erteilen, die für die Festsetzung des Gebührenanspruchs nach dieser Satzung erforderlich ist. Jeder Wechsel der Rechtsverhältnisse an einem an die öffentlichen Abwasseranlagen angeschlossenen Grundstück ist dem Zweckverband sowohl vom Veräußerer als auch vom Erwerber des Grundstücks innerhalb eines Monats nach Rechtsänderung schriftlich anzuzeigen.
- (2) Der Gebührenschuldner hat ferner den Zweckverband über alle für die richtige Veranlagung maßgebenden Tatsachen innerhalb einer angemessenen Frist die erforderlichen Angaben zu machen.
- (3) Sind auf dem Grundstück Verbindungen zwischen dem Hausanschluss und der privaten Anlage vorhanden, die die Berechnung der Gebühren beeinflussen können (z.B. grundstückseigener Brunnen, Niederschlagswassernutzung) so hat der Pflichtige dies dem Zweckverband unverzüglich anzuzeigen. Dies gilt auch bei einer erstmaligen Herstellung, Änderung oder Beseitigung der Anlage. Dienstkräften des Zweckverbandes ist der Zutritt auf das Grundstück zu gewähren, um die Bemessungsgrundlagen für die Gebührenerhebung festzustellen oder zu überprüfen. Die Pflichtigen haben das Betreten zu dulden.
- (4) Der Pflichtige hat den Gebührenbescheid zu prüfen. Er ist verpflichtet den Zweckverband unverzüglich zu informieren, wenn gebührenrelevante Mengen bei der Abrechnung der Gebühren nicht berücksichtigt wurden, weil der Zweckverband keine Kenntnis von Anlagen i. S. d. Absatzes 3 Satz 1 hatte.

§ 9 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne des § 17 Abs. 2 Nr. 2 KAG MV handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig der Auskunft-, Anzeige- und Duldungspflicht nach § 8 Abs. 1-4 zuwiderhandelt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 5.000 EUR geahndet werden.

§ 10 Datenschutz

Zur Ermittlung des Gebührenpflichtigen und Festsetzung des Abgabeanspruches nach dieser Satzung ist die Verwendung der erforderlichen personenbezogenen und grundstücksbezogenen Daten aus dem Grundbuch, den Unterlagen der unteren Bauaufsichtsbehörde, des Katasteramtes und der Einwohnermeldeämter durch den Zweckverband zulässig. Der Zweckverband darf sich diese Daten von den zuständigen Ämtern und Behörden übermitteln lassen und zum Zweck der Erstattung nach dieser Satzung weiterverarbeiten.

§ 11 Inkrafttreten

Die Satzung tritt am Tage am 01. Januar 2017 in Kraft.

Seebad Ückeritz, 17. Okt. 2016



Uwe Hartmann
Verbandsvorsteher



Hinweis:

Gemäß § 5 Abs. 5 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern wird darauf hingewiesen, dass ein Verstoß gegen Verfahrens- und Formvorschriften, die in dem genannten Gesetz enthalten oder aufgrund dieses Gesetzes erlassen worden sind, nach Ablauf eines Jahres seit der öffentlichen Bekanntmachung dieser Satzung nicht mehr geltend gemacht werden können. Diese Folge tritt nicht ein, wenn der Verstoß innerhalb der Jahresfrist schriftlich unter Bezeichnung der verletzten Vorschrift und der Tatsache, aus der sich der Verstoß ergibt, gegenüber dem Zweckverband Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Insel Usedom geltend gemacht wird. Abweichend von Satz 1 kann eine Verletzung von Anzeige-, Genehmigungs- oder Bekanntmachungsvorschriften stets geltend gemacht werden.

Seebad Ückeritz, 17. Okt. 2016


Uwe Hartmann
Verbandsvorsteher



Bekanntmachungsvermerk:

Bekanntgemacht durch Veröffentlichung auf der Homepage
<http://www.zv-usedom.de> am 10.11.2016

